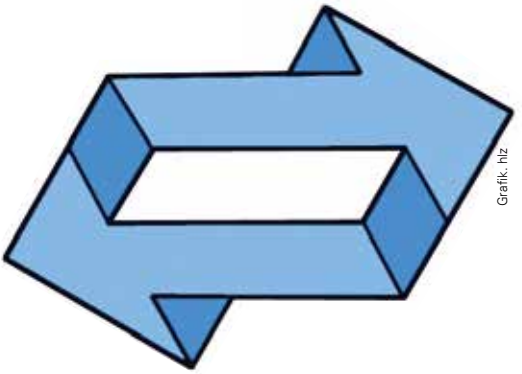
Schönfärberei

Zum Rosinenpicken der Schulbehörde im Berufsbildungsbericht 2020

Die Schulbehörde hat in einer Pressemitteilung vom 13.05.2020 unter dem Titel „Azubis: Hamburg besser als der Bundestrend. Zahl der Ausbildungsverträge in Hamburg erneut leicht gestiegen“ einige wenige Zahlen aus dem neuesten Berufsbildungsbericht 2020 herausgepickt, die das Bild vermitteln sollen, dass „Hamburg besser“ sei.

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge sei – so die Schulbehörde – (gegen den Bundestrend) um 0,7 Prozent (absolut sind das 90) gestiegen (auf 13.480). Wegen dieser 90 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist nach Ansicht der Schulbehörde Hamburg „besser“. Tatsächlich besagen aber diese 90 zusätzlich abgeschlossenen Ausbildungsverträge so gut wie gar nichts. Insbesondere besagt das nichts darüber, ob alle Hamburger Jugendlichen auch tatsächlich in einen Ausbildungsplatz eingemündet sind. Das misst die Einmündungsquote. Sie wird zwar auch von der Schulbehörde angeführt, aber in ihrer erweiterten Form, wohl weil Hamburg dabei „besser“ wegkommt.

So schreibt die Schulbehörde: „Rund 74 Prozent aller Jugendlichen, die sich für eine Ausbildung interessierten, bekamen in Hamburg einen Ausbildungsplatz. Bundesweit waren es dagegen nur rund 67 Prozent.“ Selbst danach hätten 26 Prozent (immerhin ein Viertel) der Jugendlichen keinen Ausbildungsplatz bekommen. Aber auch diese Zahl ist noch zu niedrig. Der hier verwendete Indikator der „Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen“ ist für Hamburg ungeeignet, weil er auch die vielen Jugendliche mitzählt, die zwar in eine Ausbildung eingemündet sind, aber nicht aus Hamburg kommen. Im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2020 wird deshalb vom „starken Nachfragezustrom aus anderen Bundesländern“ gesprochen (S. 26, siehe auch S. 210). Richtiger ist die reine Einmündungsquote, bei der nur die Jugendlichen aus Hamburg berücksichtigt werden. Laut Datenreport (S. 25) haben nur 44,5 Prozent der bei der Arbeitsagentur in Hamburg gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber auch tatsächlich einen Ausbildungsplatz erhalten. Hamburg liegt damit unter dem Bundesdurchschnitt von 48,4 Prozent, ist also nicht besser, sondern schlechter.


Grafik: hlz

Geht es vorwärts oder zurück?

Die Schulbehörde rühmt sich, dass Hamburg „mit 1,9 Prozent die niedrigste Quote unbesetzter Ausbildungsplätze im Ländervergleich 2019 (Deutschland: 9,4 Prozent)“ aufweist. Dies sei – so Schulsenator Rabe – Dank der Berufsorientierung und der Jugendberufsagenturen gelungen. Dabei übersieht er, dass eine niedrige Quote unbesetzter Ausbildungsplätze kein Zeichen guter, sondern schlechter Ausbildungspolitik ist. Denn weil es in Hamburg für die Hamburger Jugendlichen zu wenige Ausbildungsplätze gibt, greifen sie zu so gut wie allem. Zu befürchten ist, dass die Berufsorientierung dazu dient, die Jugendlichen in diese unbesetzten (und häufig unattraktiven) Ausbildungsplätze zu drängen. Fast 60 Prozent der befragten Hamburger Berufsschüler_innen gaben an, dass ihnen die Berufsorientierung nicht bei der Suche nach dem jetzigen Ausbildungsberuf geholfen hat (DGB-Jugend Nord, Ausbildungsreport Hamburg 2016, S. 61).

Dagegen zeigen zwei zentrale Indikatoren, dass Hamburg im Bundesländervergleich schlechter, ja sogar häufig das Schlusslicht ist:

Hamburg weist mit 88,5 die schlechteste (erweiterte) Angebots-Nachfrage-Relation auf, das heißt: Auf 100 Nachfragende nach einem Ausbildungsplatz (wobei hier nun auch die Nicht-Hamburger_innen mitgezählt werden) kommen nur 88,5 Ausbildungsplätze (Berufsbildungsbericht 2020, S, 38). Damit es ein auswahlfähiges Angebot für die Jugendlichen gibt, hatte die Bundesregierung in den 1970er Jahren definiert, dass es mindestens 112 Ausbildungsplätze

pro 100 Nachfragende geben müsse. Davon ist Hamburg weit entfernt.

Ende September 2019 (das Schuljahr hatte im August begonnen) suchten in Hamburg noch 23,2 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber einen Ausbildungsplatz. Dies ist von allen Bundesländern der höchste Anteil. Im Bundesgebiet waren es nur 14,5 Prozent (Berufsbildungsbericht 2020, S, 38).

Die Schulbehörde und Schulsenator Rabe verstehen nicht, dass wir in Hamburg eine „paradoxe Ausbildungssituation“ haben. Das heißt: In Hamburg ist das Ausbildungsangebot (im Vergleich zum Umland) so gut, dass viele Jugendliche aus dem Umland vor allem mit Abitur sich hier um Ausbildungsplätze bewerben, weshalb viele Hamburger Jugendliche vor allem mit erstem und mittlerem Schulabschluss keinen Ausbildungsplatz bekommen.

Die für Hamburger Jugendliche schwierige Situation im Ausbildungsbereich wird aktuell durch die Folgen der Corona-Politik verschärft. Die Schulbehörde und das HIBB beschränken ihre Ausbildungspolitik derzeit aufs Abwarten und auf Appellpolitik, wonach die Betriebe doch bitte Ausbildungsplätze anbieten sollen. Dabei hat sich die Ausbildungssituation mittlerweile noch einmal drastisch verschlechtert. Laut Ausbildungsstellenmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit sind bis Ende Mai in Hamburg fast 30 Prozent weniger Bewerberinnen und Bewerber in eine Ausbildung eingemündet als im Vorjahresmonat. Genau haben Ende Mai (also etwa vier Wochen vor Schuljahresende) erst 1.091 von insgesamt 6.487 Bewerber_innen einen Ausbildungsplatz bekommen. Das sind 16,8 Prozent (!) aller Bewerber_innen. Und da wollen die Schulbehörde und das HIBB abwarten? Die Zukunft der Hamburger Jugend darf nicht dem eingebrochenen Ausbildungsmarkt überlassen werden. Was sie braucht, ist – so wie in den 1980-er Jahren – ein staatliches Ausbildungsprogramm. Dabei darf nicht gekleckert werden.

Die Schulbehörde und Schulsenator Rabe verstehen nicht, dass wir in Hamburg eine „paradoxe Ausbildungssituation“ haben

KAY BEIDERWIEDEN

Schulbehörde verliert Situation an Schulen und Belastung der Schulbeschäftigten aus dem Blick

An den Brief des Landesschulrats an die Schulleitungen der Grundschulen mit der Bitte um „Ermöglichung zusätzlicher Unterrichtsangebote“ vom 5.6.2020 und den Brief vom 2.6.2020 an die Schulleitungen der Schulen im Sozialindex 1 und 2 „Hamburger Lernferien 2020 – Lernförderliche Angebote für Schülerinnen und Schüler in schwierigen sozialen Lagen oder belastenden Lebenslagen“ zu organisieren, schloss sich ein weiterer Brief vom 8.6.2020 an alle Schulleitungen der übrigen Schulen mit dem Sozialindex 3 bis 6 an. Sie sollen ebenfalls „Hamburger Lernferien – Lernförderliche Angebote für Schülerinnen und Schüler“ organisieren. Allerdings sollen sie dieses Angebot selbst organisieren und dazu auf eigenes Personal zurückgreifen. Um dies umzusetzen, kann auch Mehrarbeit für Lehrkräfte und Pädagogisch-Therapeutisches Fachpersonal angeordnet werden.

In einer Telefonkonferenz am 8.6.2020 zeigten sich GEW-Schulleitungen fassungslos darüber, mit welcher Ignoranz hier eine Maßnahme nach der anderen ohne vorherige Beratung mit den Praktiker_innen vor Ort im Top-Down-Verfahren angewiesen wird. Die Behörde für Schule und Berufsbildung schiebt immer weitere Arbeitspakete an die Schulen und lässt sie damit allein. „Selten war die Kritik der GEW-Schulleitungen so eindeutig an den Maßnahmen der BSB wie sie gestern geäußert wurde. Der Senator und die Schulbehörde verlieren den Blick auf die realen Verhältnisse an den Schulen völlig aus dem Blick. Hier wird das Vertrauen der Schulleitungen in die Maßnahmen des obersten Dienstherrn verspielt.“, fasst Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg, die Reaktionen zusammen.

Die GEW lehnt jede Art von Überstunden und Mehrarbeit in den Ferien ab. „Die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen haben seit den Märzferien mit der Neu-Organisation von Präsenz- und Fernunterricht, Notbetreuung, Prüfungsdurchführung unter Coronabedingungen mehr als genug zusätzlicher Arbeit in dieser Krisenzeit geleistet. Wir fordern die Behördenleitung auf, endlich die Kollegien zu entlasten und nicht auch noch mit angeordneter Mehrarbeit das Fass zum Überlaufen zu bringen!“, macht Bensinger-Stolze noch einmal deutlich.

PRESSERKLÄRUNG v. 9. Juni 2020